

»Für sie gibt es nicht nur Freund oder Feind«

Alles »Putins Spione«: Wer aus Russland vor Kriegsdienst flieht, hat es in der BRD nicht leicht.

Ein Gespräch mit Rudi Friedrich

Nach der angekündigten Teilmobilmachung in Russland wird hierzulande teils diffamierend über Flüchtlinge aus dem Land berichtet. Was wissen Sie über russische Kriegsdienstverweigerer?

Es gibt vermutlich rund 150.000 Militärdienstpflichtige aus Russland, die in andere Länder geflüchtet sind. Nur ein Bruchteil von ihnen ist in der Europäischen Union angekommen. Die meisten gehen in Länder wie Kasachstan, Georgien, Armenien oder in die Türkei. Ihr Status ist dort mitunter extrem prekär. In der BRD gab es nach unserer Schätzung im ersten Halbjahr 2022 gerade einmal etwas mehr als 300 Asylanträge von militärdienstpflichtigen russischen Staatsbürgern, also im Alter von 18 bis 60 Jahren.

Wir fordern, dass Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Militärdienstzieher unterstützt und aufgenommen werden. Statt dessen machen etwa die baltischen Staaten ihre Grenzen dicht, andere denken darüber nach.

Gibt es belastbare Daten darüber, wie viele Menschen aus Russland vor dem Kriegsdienst geflohen sind?

Die Zahl wird von keiner Statistik erfasst. Wir mussten uns diesem Wert über Umwege nähern. Zum Stichtag 15. September, also noch vor der verkündeten Teilmobilmachung, sind wir auf 100.000 Personen gekommen, die sich dem Dienst entzogen haben. Aktuell gehen wir von 150.000 aus.

Welche Hürden gibt es für diese Menschen in der BRD?

Ein Asylantrag kann nur persönlich gestellt werden. Dabei geht es dann darum, ob die Person in ihrem Herkunftsland politisch verfolgt wird. Fragt sich nur, wie Asylsuchende es nach Deutschland schaffen sollen. Es gibt verschiedene Visaregelungen, die sehr restriktiv gehandhabt werden. Bislang wird die Möglichkeit eines humanitären Visums genutzt, um einigen Journalisten und Oppositionellen aus Russland die Möglichkeit zur Einreise zu bieten. Das gilt aber nicht für Deserteure und schon gar nicht für Menschen, die sich dem Militärdienst entziehen. Hier braucht es eine weitergehende Regelung.

Im Mai hatte das Bundesinnenministerium erklärt, es solle einen Schutzstatus für Russen geben, die nachweisen können, dass sie desertiert sind. Das Problem: Die Mehrheit

der 150.000 Menschen sind keine Deserteure. Darunter versteht man Personen, die sich aus dem Militärdienst entfernt haben, also zumindest einberufen worden sind. Wer klug genug war und das Land in der Vorahnung verlassen hat, dass er später für den Krieg verpflichtet werden könnte, fällt nicht unter diese Regelung.

Von bürgerlichen Medien und Politikern werden Ängste geschürt, Putin persönlich schleuse russische Agenten in die EU oder die BRD ein. Droht Schutzsuchenden hierzulande eine Gesinnungsprüfung?

In dieser Debatte wird ein Generalverdacht artikuliert, als seien alle Russen gefährlich. Man gewinnt den Eindruck, dass dahinter ein Unbehagen gegenüber der Desertion steht. Als würde etwas nicht stimmen mit den Leuten, die sich dem Kriegsdienst verweigern. Übrigens: Wenn Russland Spione schicken wollte, dann sind die schon längst da. Das ist eine unsinnige Debatte.

Sie erfüllt durchaus einen Sinn: die Stimmung gegen Russland weiter anzuheizen.

Es stimmt, das Feindbild Russland besteht nach wie vor. Das hängt auch mit den Vorbehalten gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus zusammen. Es wurde nie versucht, diese Feindschaft aufzuarbeiten.

Die Bundesregierung setzt auf Waffenlieferungen und Aufrüstung, Außenministerin Baerbock fürchtet um »Kriegsmüdigkeit« hierzulande. Für Antimilitaristen sind das schwere Zeiten. Spüren Sie das auch in Ihrer Arbeit?

Für uns ist zunächst einmal klar, dass wir uns für Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Militärdienstzieher auf allen Seiten einsetzen. Auch aus der Ukraine haben sich weit mehr als 100.000 Militärdienstpflichtige abgesetzt. Die Verweigerung ist ein Mittel, um gegen den Krieg zu agieren, und eröffnet bestenfalls die Möglichkeit, ihn zu beenden. Diese Menschen zeigen, dass es nicht nur Freund oder Feind gibt.

Dass der Krieg von den verschiedenen Seiten geschürt wird, ist ein riesengroßes Problem. Es fehlt ein Nachdenken darüber, wie man diesen Krieg beenden kann – ein Ausstiegsszenario. Unser Beitrag besteht in der Unterstützung derjenigen, die für sich selbst entscheiden, aus der Eskalationsdynamik auszusteigen.

Interview: Jan Greve



Rudi Friedrich ist aktiv beim Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e. V.



Unter Schock. In Indonesien wird im ganzen Land der Opfer einer Massenpanik bei einem Fußballspiel gedacht. Am Sonnabend waren in der Stadt Malang (Provinz Ostjava) mindestens 125 Menschen gestorben, nachdem die Polizei im Stadion Trénggasa eingesetzt hatte. 323 Personen wurden verletzt. Zuvor war es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Fans gekommen, als diese nach Abpfiff den Platz stürmten. Die indonesische Regierung versprach »eine vollständige Untersuchung«, der Spielbetrieb wurde für eine Woche ausgesetzt. (iW) ■ Siehe Seite 16

Ansprüche trotz Rückzug

Russland räumt Liman in Donezk. Staatsduma billigt Eingliederungen

Russland hat am Wochenende die lange umkämpfte Stadt Liman im Norden des Bezirks Donezk geräumt. Der Rückzug soll von Präsident Wladimir Putin persönlich angeordnet worden sein. In Liman waren zuletzt etwa 5.000 Soldaten der russischen Armee sowie der Volksmiliz der »Volksrepublik« Lugansk stationiert. Die jüngsten Angriffe der ukrainischen Seite auf die Umgebung der Stadt hatten die Gefahr gebracht, dass diese Einheiten eingeschlossen worden wären. Ukrainische Medien kommentierten diese Entwicklung mit der ironischen Formulierung, Liman sei »aus der Russischen Föderation ausgetreten«.

Noch bedeutender scheinen ukrainische Fortschritte im Gebiet Cherson zu sein. Wie die Nachrichtenagentur Reuters am Montag unter Berufung auf den russischen Verwaltungschef der Region,

Wolodimir Saldo, meldete, sollen ukrainische Truppen entlang des Dnipro um 40 Kilometer innerhalb eines Tages vorgestoßen sein. Saldo räumte ein, dass es ukrainische »Durchbrüche« gegeben habe und die Lage »schwierig« sei. Er war noch am Freitag zu der Beitrittszeremonie in Moskau gewesen.

Trotz dieses offenkundigen Misserfolges hält Russland an seinem Anspruch auf die Gesamtheit der vier am Freitag aufgenommenen Verwaltungsgebiete fest. Am Montag billigten die Abgeordneten im russischen Parlament haben am Montag das Gesetz zur Eingliederung der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk sowie der besetzten Regionen Saporischschja und Cherson im Süden der Ukraine, wie der Internetseite der russischen Staatsduma zu entnehmen war. Bei der Debatte über die Beitrittsverträge in der russischen Staats-

duma sagte der Abgeordnete Pawel Krascheninnikow von der Regierungspartei »Einiges Russland«, Russland werde den Bezirk Saporischschja »in seinen administrativen Grenzen« aufnehmen – dazu gehört die bisher nicht besetzte Bezirkshauptstadt Saporischschja mit 760.000 Einwohnern.

Unterdessen ist der von der Ukraine am Freitag angekündigte sofortige NATO-Beitrittsantrag vom Freitag im westlichen Kriegsbandnis zurückgehalten worden. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, die Türen der Allianz seien offen. Eine Entscheidung müsse aber von allen Mitgliedstaaten im Konsens getroffen werden. Derzeit konzentriere man sich auf die unmittelbare Unterstützung der Ukraine. Das ist faktisch die Aufforderung, den Beitritt nicht zu überstürzen. Reinhard Lauterbach

NACHRICHTEN

Russland liefert kein Gas mehr nach Italien

Rom. Russland hat seine Gaslieferungen an Italien vorerst eingestellt. Der russische Konzern Gazprom habe mitgeteilt, dass er kein Gas mehr durch Österreich liefern könne, teilte der italienische Versorger ENI am Sonnabend mit. Unterdessen kündigte die voraussichtlich nächste Ministerpräsidentin des Landes, Giorgia Meloni, am Sonnabend an, Italien müsse »wieder dahin zurückkehren, zuerst seine nationalen Interessen zu verteidigen«. Die Faschistin hatte sich nach der Wahlnacht tagelang nicht mehr öffentlich gezeigt. (dpa/iW) ■ Siehe Kommentar Seite 8

Florida: Nach Hurrikan steigt Zahl der Opfer

Washington. Nach dem Hurrikan »Ian« steigen vor allem im US-Bundesstaat Florida die Opferzahlen. Nach Angaben örtlicher Behörden wurden bisher rund 80 Todesfälle gemeldet, wie die Tageszeitung *New York Times* und der Sen-

der CBS berichteten. Allein im Bezirk Lee County, in dem »Ian« mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 240 Kilometern pro Stunde auf Land traf, kamen mindestens 42 Menschen ums Leben, wie Sheriff Carmine Marceno am Sonntag bekanntgab. Auch nachdem der Wirbelsturm längst weitergezogen war, waren einige Orte in Florida noch von Überschwemmungen betroffen, weil der Boden kein Wasser mehr aufnahm. (dpa/iW)

Mindestlohn auch Impuls für höhere Tariflöhne

Berlin. Anlässlich der Mindestlohnerrhöhung plädiert die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken für Erhöhungen der Tariflöhne. »Der Mindestlohn ist immer auch ein Impuls für höhere Tariflöhne – das ist derzeit besonders wichtig«, sagte Esken der *Stuttgarter Zeitung* (Sonnabend). »Die Gewerkschaften, die jetzt in Tarifauseinandersetzungen gehen, sollten deutlich machen, dass Abschlüsse die Teuerungsrate abbilden müssen.« Millionen Beschäftigte

in Deutschland bekommen seit Sonnabend mehr Geld für ihre Arbeit. Der Mindestlohn ist zum 1. Oktober von 10,45 Euro auf zwölf Euro je Stunde gestiegen. (dpa/iW)

Post: Immer mehr Bürgerbeschwerden

Bonn. Weil Briefe nur verspätet oder gar nicht ankommen, werden sich immer mehr verärgerte Bürgerinnen und Bürger an die Bundesnetzagentur, meldete dpa am Sonntag. Im September seien knapp 5.000 Beschwerden eingegangen, teilte die Bonner Behörde auf Anfrage der Nachrichtenagentur mit. Damit seien es im dritten Quartal insgesamt rund 11.500 gewesen. Die Zahl ist ungewöhnlich hoch, wie ein Vergleich mit früheren, längeren Zeiträumen zeigt: Im ersten Halbjahr 2022 waren es rund 8.900 Beschwerden und im ganzen Vorjahr 15.100. Bei den Beschwerden in diesem Sommer ging es in den allermeisten Fällen um Briefe und nur in wenigen Fällen um Pakete. (dpa/iW)